

Peter Bender

DIE DEUTSCH-POLNISCHE BEZIEHUNGEN - HISTORISCH UND
AKTUELL

Das bemerkenswerteste an dieser Veranstaltung scheint mir zu sein, daß unsere beiden polnischen Vordredner, vor allem Herr Tomala es nötig hatten, noch einmal über die Grenzfrage zu sprechen. Ich muß sagen: Wo sind wir eigentlich? Das ist keine Kritik an Ihnen, Herr Tomala, es ist nur die Frage, was das eigentlich für ein Zustand ist, zehn Jahre nachdem wir eine Grenze "bestätigt" haben, um es ganz korrekt auszudrücken, von der schon zwanzig bis fünfundzwanzig Jahre vorher feststand, daß sie nicht zu ändern war, die schon damals eine Tatsache war! Wir haben hier eine dreißigjährige Grenze, über die jetzt im Inneren immer noch keine Einigung zu erzielen ist, keine Einigung, ob man sie auch nur "bestätigt."

Ich fand gestern bei dem Vortrag von Herrn Minister Girgensohn eindrucksvoll, wie er schilderte, daß bereits 1973 die Opposition wieder stärker wurde und dann auch die Bemühungen stärker wurden, das rückgängig zu machen, was dieser Vertrag festgestellt hatte. Ich glaube, daß diese ganze Frage ja doch zunächst überhaupt nichts mit den Schulbüchern und der Schulbuchkommission zu tun hat. Ich meine, nachdem wir den Warschauer Vertrag unterschrieben hatten, wäre die Revision der Atlanten unsere eigene selbstverständliche Konsequenz gewesen, unabhängig davon, ob es eine Schulbuchkommission gibt, über die man sich in manchem einigt. Die vernünftige Einzeichnung der Grenzverhältnisse, so, wie sie jetzt bestehen, ist eine Konsequenz des Warschauer Vertrages, völlig unabhängig davon, ob wir Schulbuchkommissionen haben und dort Verabredungen treffen.

Ich halte es wirklich für wichtig, daß man sich bewußt macht: dies ist keine bilaterale Angelegenheit, es ist keine Angelegenheit der Schulbuchkommission, es ist die selbstverständliche Konsequenz unseres Staates im Blick auf einen Vertrag, den dieser Staat beschlossen hat. Und wenn wir uns jetzt noch mit diesen Dingen herumschlagen - ich erinnere daran, was Herr Girgensohn berichtet - dann zeigt das eben, daß wesentliche Teile der Bundesrepublik elf Jahre hinter der Zeit zurück sind. Das Bewußtsein dort ist noch nicht so weit, wie das Bewußtsein derer war, die vor zehn Jahren den Vertrag geschlossen haben! Natürlich, das alles wird jetzt sogar noch schlimmer werden: Wir haben diese konservative Grundströmung, das gesamte Ost-Westverhältnis wird schlechter. Eine Frage scheint mir hier wichtig zu sein - auch im konkreten Bezug auf die Schulbücher - zu dem, was gestern nach der Rede des Ministers umstritten war. Es ging im Grunde um die Frage, ob es Sinn habe, hier eine Politik der kleinen Schritte zu verfolgen, zu sagen, Na ja, wir haben jetzt gegenüber dem früheren Zustand einen erheblichen Vorteil gewonnen. Jetzt steht diese Grenze in den Atlanten nur noch siebenmal statt früher fünfzigmal.

Nun ja, das ist tatsächlich ein Unterschied, das soll man nicht bestreiten; und ich muß sagen, ich bin im Grunde für die Politik der kleinen Schritte, weil man immer sehen muß, was man geschafft hat. Aber diese Politik der kleinen Schritte hat ja nur einen Sinn, wenn ich erwarten kann, irgendwann wirklich zum vollen Erfolg zu kommen. Und da nun habe ich große Zweifel, ob die Länder, zum Beispiel Bayern u.a., tatsächlich in 5 Jahren bereit sein werden, die Karten so zu zeichnen, wie es der Wirklichkeit entspricht. Nach allem, was ich höre - ich sage das ganz vorsichtig, und da sollten sich die Fachleute heute nachmittag noch zu äußern - ist damit nicht zu rechnen. Und wenn damit nicht zu rechnen ist, dann wäre es imm allseitigen Interesse besser, zwischen den Ländern, die tatsächlich zum Warschauer Vertrag stehen, und denjenigen, die es nicht tun,

klare Trennungslinien zu ziehen. Dann sollte man gerade auch im Hinblick auf unser Verhältnis zu Polen eindeutige Verhältnisse schaffen und offen sagen, daß der Warschauer Vertrag für die Hanse-Städte und vielleicht noch für einige andere Bundesländer eine gültige Sache ist, in den übrigen Ländern aber nicht akzeptiert wird.

Ich glaube fest, daß wir in dieser Hinsicht für uns selbst klare Verhältnisse schaffen, hier keine Kompromisse machen und offen sagen sollten: Hier sind unvereinbare Standpunkte. Und ich glaube auch, daß wir dann in unserem Verhältnis zu Polen überzeugender wirken, denn hier wird schließlich die Frage unseres Verhältnisses zu Polen entscheidend berührt. Das hat Herr Tomala klargemacht.

Ich glaube weiter - und damit kommen wir jetzt von den Schulbüchern weg -, daß die Schaffung klarer Verhältnisse auch für eine ganze Reihe von anderen Fragen gilt. Da gibt es, seit dem der Warschauer Vertrag in Kraft ist, diese schönen Reden, die Verträge seinen mit Leben zu erfüllen und die Verständigung müsse gefördert werden usw. Das Problem sind hier nicht die Gegner der Verständigung, sind nicht die Verbandsfunktionäre, wer immer das sein mag, sind nicht diejenigen, die die Verträge ablehnen. Das Problem ist, daß es wenige entschiedene Verfechter dieser Sache gibt; das Problem ist die Gleichgültigkeit! Da hat man einen Vertrag geschlossen, eine große Leistung vollbracht, sich sehr angestrengt, und nun ist es gut. Das heißt, es geschieht nicht mehr sehr viel, und die Folge ist, daß die ewig Gestrigen wieder Raum gewinnen, sich ausbreiten und Felder besetzen können, die sie vorher nicht hatten. Die Gleichgültigkeit nicht nur der Regierenden an vielen Stellen, sondern die Gleichgültigkeit auch der Parteien, der Fraktionen - wen immer das angeht - scheint mir der entscheidende Punkt zu

sein, wenn man nichts ändern kann.

Niemand kann Herrn Strauß daran hindern, seine Meinung zu sagen, oder andere, die sie ähnlich äußern. Aber dann sollte die Antwort, sollte die Reaktion gefälligst ebenso prompt kommen, wie sie bei anderen Gelegenheiten kommt. Unsere Politiker verwenden einen großen Teil ihrer Arbeitskraft darauf, alles mögliche" entschieden zurückzuweisen"; und gerade an diesem Punkt müßten sie mit der gleichen Promptheit und der gleichen Entschiedenheit auch einmal einiges zurückweisen, damit im Lande endlich klar wird, daß hier nicht nur eine Seite eine Meinung hat, sondern daß hier viele Leute ganz entschieden dafür sind, daß hier der Warschauer Vertrag eingehalten wird. Und wenn Sozialgerichte ihre Urteile fällen, dann muß auch öffentlich von der Regierung, muß von den Parlamenten etwas zu hören sein. Mit einem Wort, die Verteidiger des Vertrages sollten mindestens ebenso laut zu hören sein, wie die Verleugner des Vertrages.

Das alles ist auch nicht bloß eine Frage der "politischen Hygiene" der Bundesrepublik, sondern es ist auch eine Frage der Beziehungen zwischen den beiden Staaten. Dieser Vertrag, der Warschauer Vertrag wurde geschlossen in der Annahme - vor allen Dingen auf der polnischen Seite, aber ich glaube auch bei uns, daß die formalen Vorbehalte, die darin stecken, formale Vorbehalte bleiben. Jeder weiß, warum es nicht ohne diese Vorbehalte ging; ich nenne hier nur das Grundgesetz, daß keine andere Lösung zuließ. Der Vertragspartner hat das eingesehen und sich daraufhin damit abgefunden, obgleich es ihm eigentlich "contre coeur" ging, aber ja doch in der Annahme - und das ist die Annahme, die von den Befürwortern des Vertrages bei uns geteilt wurde -, diese Vorbehalte erledigen sich von selbst.

Ich bin überzeugt: auf lange Sicht erledigt es sich wirklich von selbst. Auf kurze Sicht hat die Erwartung allerdings getrogen, denn auf kurze Sicht hat sich gezeigt, daß es viel schlimmer geworden ist und wir inzwischen Auslegungen haben, die den Vertrag fast in sein Gegenteil verkehren. Ein alter Satz von Strauß ist mir in Erinnerung: Schlesien sei deutsch, bis ein Friedensvertrag etwas anderes bestimme. In dieser Preislage gibt es vieles und das heißt, daß etwas, was ein unvermeidlicher juristischer Vorbehalt, was eine Randsache war, zur Hauptsache gemacht worden und der Vertrag dann allmählich eine Bestätigung dafür geworden ist, daß wir die Grenze nicht anerkannt haben, statt die Grenze zu bestätigen. Diesem Prozess, dieser langsamen Erosion des Vertrages in seiner juristischen Auslegung, wird - wie mir scheint - nicht immer mit der nötigen Entschiedenheit entgegengetreten. Da setzt dann das Mißtrauen, setzen Zweifel ein, von denen Herr Tomala sprach.

Das ist die eine Seite dessen, von dem wir, wie ich glaube, sprechen müssen, wenn wir vom Verhältnis der beiden Staaten zueinander sprechen. Schulbücher und Atlanten sind lediglich ein Beispiel für vieles andere, was noch eine Rolle spielt, aber unser Verhältnis kann und darf und wird auch keineswegs mehr nur von diesen Fragen bestimmt sein, die aus der Vergangenheit kommen. Wenn, Herr Maibaum sagte vorhin, jemand jetzt hier in der Bundesrepublik das Wort "Polen" hört, dann denkt er an ganz etwas anderes als an Schulbücher. Er denkt natürlich an die aktuelle Situation seit dem August vorigen Jahres, und ich glaube, wichtig, wichtiger auf lange Sicht sind die Fragen: Was verbindet diese beiden Staaten eigentlich in der Zukunft miteinander? Was verbindet sie schon heute? Das heißt: Worauf gründen wir unsere Beziehungen dann einmal, wenn wir keine Möglichkeit mehr haben, über Vergangenheitsfragen zu streiten?

Es ist nicht gerade neu, geht aber in der aktuellen Diskussion ziemlich unter, daß die Bundesrepublik und Polen die Staaten in Europa sind, die wohl das stärkste Interesse an der Entspannung haben. Polen ist in Osteuropa der wichtigste Staat nach der Sowjetunion, und Polen in eine Politik der Entspannung einbeschlossen zu haben, wie es in den siebziger, nicht aber in den sechziger Jahren der Fall war, das ist unser Interesse; denn wir wissen, es geht nichts ohne Polen und schon gar nicht gegen Polen. Dieses Land ist ein wichtiges, wahrscheinlich ein entscheidendes Element auf anderen Seiten Europas. Umgekehrt - aber das sollten die Polen lieber selbst sagen - ist es zweifellos auch so, daß polnische Westpolitik nach Westeuropa hin ohne die Bundesrepublik eigentlich nicht recht möglich ist. Wir haben erlebt, wie vor 1969 die gesamte Entspannung in Europa stockt, weil die Bundesrepublik ihr Verhältnis zum Osten Europas noch nicht geordnet hatte. Das heißt, wir sind - selbst wenn wir es nicht wollen - einander so wichtig, daß wir im jeweils eigenen und im größeren Interesse miteinander auskommen und uns sogar, so gut wir können, verständigen müssen.

Ich glaube, es gab auch eine Parallele in bezug auf eine gewisse Rolle - das Wort "Rolle" ist vielleicht schon ein bisschen zu stark, aber ich verwende es dennoch -, eine gewisse Rolle also, die Polen auf jener und die Bundesrepublik auf dieser Seite gespielt hat. Polen hat es seit Rapacki und damit ist zugleich eines der prominentesten Beispiele genannt, zeitweise fertiggebracht, einerseits Vertreter seines Lagers und andererseits eine Art Vermittler zwischen beiden Lagern zu sein. Es ist eine merkwürdige Zwischenrolle, die man nicht scharf definieren kann, die aber für die praktische Politik, für vieles, was oft gar nicht sichtbar wurde, sondern sich im Vertraulichen vollzog, wichtig war. Ende der fünfziger Jahre fing das an und hat sich seitdem mit einigen Unterbrechungen fortgesetzt. Es

Es handelt sich dabei, wenn ich es recht verstanden habe, um eine alte polnische Vorstellung wie gesagt, fast um eine Rolle, und mir scheint, etwas Ähnliches ist eine Notwendigkeit für die Bundesrepublik. Wir sind natürlich Teil unserer Allianz, unserer verschiedenen Bündnisse, aber wir sind zugleich der Staat, der am allerdringendsten darauf angewiesen ist, daß die Ost-West-Beziehungen in Ordnung bleiben, sich nach Möglichkeit verbessern; und auch das bringt uns -die Bundesrepublik- in eine Rolle, in der wir nicht ausschließlich als Teil des Westens reagieren können und sollten, sondern auch zuweilen versuchen müßten, so etwas wie eine - ja, jetzt werden die Worte alle schwierig - Vermittlerfunktion zu übernehmen. Sie verstehn gewiß, was ich meine: eine Funktion, bei der das Wort "Vermittler" schon etwas zweideutig ist, aber eine Funktion, wie sie beispielsweise Bundeskanzler Helmut Schmidt, als er nach den Ereignissen in Afghanistan als erster Regierungschef eines westlichen Landes nach Moskau fuhr. Hier sehe ich die schon erwähnte Parallele in der "Rolle" beider Staaten innerhalb der Allianzen, etwas, was ja durchaus auch den beiderseitigen Beziehungen nützt.

All das ist allerdings daran gebunden, daß Polen ein starker Staat ist. Ich habe es im Zusammenhang mit unserer Polen-Politik, soweit es so etwas gibt, immer für das Wichtigste gehalten, daß wir daran interessiert sind, daß Polen möglichst stark bleibt. Wie immer man das beurteilt, was seit dem August vorigen Jahres geschehen ist: zur Stärkung Polens nach aussen hin, seiner Stellung als europäische Macht, hat es natürlich nicht beigetragen. Das ist keine Kritik an der Entwicklung, es ist lediglich eine Konsequenz, vor der man die Augen nicht verschließen kann. Das heißt, Aussenpolitik mit Polen ist zur Zeit aus Gründen, die für jeden auf der Hand liegen, ein ganzes Stück schwieriger geworden, und man sollte

sich sehr viel Gedanken darüber machen, was man in dieser Lage trotzdem tun kann. Wenn es richtig ist, was ich sagte, wenn wir an einer Stärkung Polens, ja an einem Polen interessiert sind, das so stark wie möglich ist, dann ergibt sich die Konsequenz, daß wir Polen in der gegenwärtigen Situation so weit wir das irgend können, helfen müßten - mit den gebotenen diplomatischen Rücksichten und Vorsichten. Einer Ihrer polnischen Kollegen hat im vergangenen November während einer Tagung - so ganz nebenbei, nicht etwa im Sinne eines Appells - gesagt, "Freunde erkennt man in der Not". Und das ist wohl richtig. Das ist ein Problem, das in der Gegenwart die Beziehungen unter anderem erschwert.

Das zweite Problem habe ich eben schon angedeutet: Es liegt darin, daß die Zeiten, was das Ost-West-Verhältnis angeht, schlecht sind. "Entspannung" ist fast zu einem unanständigen Wort geworden, und der Triumph derer, die schon immer "dagegen" waren, ist deutlich spürbar. Ich habe vor zwei Tagen einen Vortrag von einem sehr bekannten Professor gehört, dem man so richtig anmerkte: jetzt witterte einer Morgenluft für seine Auffassung, die Entspannungspolitik sei von Anfang an verfehlt gewesen. Diese Ansicht wird allenthalben spürbar! Gewiss, es gibt auch Gegenbewegungen, es gibt Teile der Union, die versuchen, sich mindestens in der Deutschland-, in der Berlin-Politik den Notwendigkeiten zu nähern; aber da ist doch sehr vieles unklar. Bestehen bleibt eines, und das ist - glaube ich - das Entscheidende: der weltpolitische Wind weht zur Zeit in die falsche Richtung. Deswegen sind wir auch, wenn es um Ost-West-Verhältnisse geht, im Augenblick beherrscht von den strategischen Fragen, bis hin zu dem, was gegenwärtig in Bonn passiert.

Militärische Fragen, das militärische Kräfteverhältnis ist zum

Hauptinhalt der Ost-West-Beziehungen geworden, gottseidank nicht zwischen Polen und der Bundesrepublik Ost-West-Gesamtverhältnisse; und dem können sich unsere beiden Länder ja nicht entziehen. Wir sind nun einmal Mitglieder der verschiedenen Bündnisse, und die strategischen Fragen haben Wichtigkeit, die niemand bestreiten kann. Aber sie sind auch zugleich Fragen, die wir - Polen, ebenso wie die Bundesrepublik - nur in einem gewissen Umfang, in einem recht begrenzten Umfang, beeinflussen können. Wir wissen weiter, da es wenig Grund zum Optimismus gibt, was das Thema Rüstungskontrolle angeht. Aber die Folgerung scheint mir zu sein, gerade weil Entspannung, Kooperation, Verständigung - wie immer wir es nennen - gefährdet sind, müssen wir es doppelt tun; gerade weil das Militärische alles beherrscht, müssen wir uns politisch um so mehr bemühen, geschaffene Verbindungen zu halten und sie, wo immer es geht, zu stärken, am Ende auch deshalb, weil damit Stabilität geschaffen wird, die auch für das militärische Verhältnis wichtig ist.

Das gilt nicht nur für die Beziehungen Bundesrepublik-Polen, es gilt auch für ein Europa zwischen den beiden Großmächten. Es ist nicht nur eine bundesrepublikanische Notwendigkeit, unsere Beziehungen zu halten und zu stärken; wir tun das und müssen es für den gesamten Kontinent tun; und ich glaube, dabei ist schon mehr geschehen, als uns klar ist. Die Bindungen, die in den letzten zehn Jahren zwischen den Europäern beider Staaten entstanden sind, sind eine Realität. Bei aller Tristesse, die im Moment durch das Verhältnis zwischen den Großmächten auf uns niedergeht - wir können auf der anderen Seite mit einer gewissen Beruhigung, ich hätte fast gesagt, mit Stolz - feststellen, daß da etwas entstanden ist, was keiner mehr wegekriegt. Und wir haben auf beiden Seiten deutliche Anzeichen dafür, daß auch die Großmächte das respektieren

müssen. Die Sowjetunion muß respektieren, daß ihre Verbündeten Beziehungen mit dem Westen in einem Maße eingegangen sind, das nicht mehr zu kappen ist. Diese Staaten brauchen diese Beziehungen, und es widerspräche dem Interesse der Sowjetunion selbst, wenn sie hier einschreiten würde. Auf diesem Gebiet ist etwas passiert. Das Gleiche gilt umgekehrt.

Die Amerikaner - das können wir seit einem Jahr in den Zeitungen verfolgen - sind (äußerst widerwillig, aber langsam doch) dahin gebracht worden, auf Dinge Rücksicht zu nehmen, die die Bundesrepublik nicht aufgeben kann. Das Gasgeschäft ist eines der jüngsten Beispiele, aber es gibt auch andere. Das heißt, wir haben in dieser Hinsicht mehr geschafft, als uns vielleicht bewußt ist, und das, was wir geschafft haben, hat durchaus Wirkung auf die europäische und in gewissem Maße sogar auf die weltpolitische Situation.

Ich sage damit nicht, daß wir in der Lage seien, die Welt politik zu verändern, aber wir können trotz schlechter Zeit in Europa eine ganze Menge retten und bewahren und zwar sehr viel mehr, als wir uns einbilden. Wir müssen es, glaube ich, nur bewußt tun und uns darüber klar sein, wozu wir es tun. Wir müssen wissen, daß auch die kleinsten Erfolge Teil einer größeren politischen Vorstellung sind. Die ganze Ostpolitik krankt an der Perspektivlosigkeit, krankt daran, daß man auf vielen Gebieten nur administriert. Was einmal angefangen worden ist, läuft nun so vor sich hin; aber wozu es eigentlich da ist und daß es einen Sinn und einen Zweck hat, der weit über bilaterale Beziehungen hinausreicht, das ist zu einem großen Teil aus dem allgemeinen Bewußtsein verschwunden. Ich bin Herrn Tomala sehr dankbar, daß er am Schluß seines Vortrages das Wort "Frieden" verwendet hat; denn das ist schließlich dasjenige, worauf am Ende alle Bemühungen hinausgehen.

Nils Diederich

DIE DEUTSCH-POLNISCHEN BEZIEHUNGEN - HISTORISCH UND
AKTUELL

Ich bin Mitglied des Bundestages, gehöre der SPD-Fraktion an und bin im Finanzausschuß, sowie - bisher stellvertretend - im Ausschuß für innerdeutsche Beziehungen tätig, in den ich aber in Kürze voll überwechseln werde, weil er in diesem Jahr leider zwei seiner Mitglieder aus Berlin verloren hat bzw. verlieren wird: den vor einigen Monaten verstorbenen Horst Kerber und Marie Schlei, die wegen ihrer schweren Krankheit am Ende des Monats aus dem Bundestag ausscheidet. Ich bin auch Hochschullehrer, Professor für politische Soziologie an der Freien Universität Berlin und war zwischen 1970 und 1976 Planungschef beim Regierenden Bürgermeister von Berlin Klaus Schütz. Insofern bin ich gerade mit dem Problem, das wir heute diskutieren, auch langfristig verbunden.

Als "Parteisoldat" habe ich zunächst einmal nachgesehen, ob irgendwo offizielle programmatische Stellungnahmen der SPD zu den Problemen vorliegen, die wir heute besprechen.

Zu den deutsch-polnischen Beziehungen gibt es sehr vielfältige und im Laufe der Entwicklung sehr kontinuierliche Äusserungen von Sozialdemokraten. Es geht ja nicht nur um die Frage Deutschland-Polen, sondern vor allen Dingen auch um die Frage, wie die Deutschen selbst sich untereinander behandeln und wie sie ihr Verhältnis zu allen ihren Nachbarn sehen. Und wenn heute wieder über den Begriff "Nation" gesprochen wird, so hat das für uns Deutsche auch einen Zusammenhang mit unserem Verhältnis zu anderen Nationen, vor allem mit der polnischen Nation. Über das deutsch-polnische Verhältnis darf man also nicht als isolierte Sache sprechen. Ich glaube, ich knüpfe damit voll an Peter Bender an. Für mich stellt das eigentlich den Rahmen dar, in dem ich mich jetzt bewegen will.

Für die Haltung der SPD in den vergangenen Jahren steht die Evidenz der betriebenen Politik; obschon ich gleich hinzufügen möchte, daß eine konsequent begonnene, auf ein Ziel gerichtete Politik auch Gefahren in sich birgt, Gefahren, die Peter Bender schon aufgezeigt hat und die darin liegen, daß man sich, wenn man eine solche Politik realisiert, im Laufe dieses Realisierens verbraucht, daß die Kreativität verloren geht. Und ich glaube, an einem solchen Punkte sind wir jetzt, sowohl innenpolitisch, was die Reformpolitik anbelangt, als auch aussenpolitisch im Hinblick auf die Ostpolitik.

Um es Positiv zu sagen: ich glaube aber auch, daß Bundeskanzler Helmut Schmidt unter dem Eindruck der gegenwärtigen Auseinandersetzungen, ja fast unter der Bedrohung, ihm könnte das aus der Hand geschlagen werden, was sein tiefstes Bekenntnis ist, nämlich das zur Friedenspolitik - daß er nun plötzlich, da andere diesen Begriff okkupieren, versuchen muß, das friedenspolitische Anliegen in den Mittelpunkt seiner Politik zu rücken: Diese Aufgabe ist weniger eine Vermittlerrolle als vielmehr die Aufgabe, Gespräche in Gang zu bringen. Ich kann da nur auf das verweisen, was Helmut Schmidt gestern am 9. Oktober 1981 im Bundestag in betonter Ernsthaftigkeit gesagt hat. Wenn der Bundesausenminister am Ende der Debatte diese Rede des Bundeskanzlers als eine "große Rede" bezeichnet hat, möchte ich das voll unterstreichen.

Ich wünsche - das darf ich hier vor Pädagogen sagen - diese Rede und andere bedeutende Reden, die im Bundestag gehalten werden, daß solche Debatten wie die gestrige (natürlich gehört auch die Haltung der Opposition dazu), sehr viel mehr Gegenstand auch des Unterrichts an unseren Schulen wären. Ich habe selbst drei heranwachsende Söhne - der älteste steht vor dem Abitur, der jüngste ist gerade in die Oberstufe des Gymnasiums gekommen - und verfolge mit großer Aufmerksamkeit, was in Berlin an den Schulen betrieben wird. Es gibt dort sehr viele positive Ansätze, aber was mir immer auffällt ist, daß der

aktuelle Fortgang der Ereignisse viel zu wenig mit einbezogen wird in den Unterricht. Ich weiß nicht recht, woran das liegt. Möglicherweise zum Teil daran, daß das gewisse Unbequemlichkeiten mit sich brächte, weil die Ergebnisse nicht mehr so steuerbar sind, als wenn man sich mit sozusagen "abgelagerten Gegenständen" befasst.

Die SPD hat sich meines Erachtens niemals die Haltung der Vertriebenen-Verbände zu eigen gemacht, für die die deutsch-polnischen Beziehungen, überspitzt gesagt, erst mit der Vertreibung beginnen. Nicht nur die deutsche Frage, sondern auch die Frage der deutsch-polnischen Beziehungen wurzelt in historischen Dimensionen. Man könnte da natürlich in einen historischen Regress gehen - 1939, 1933 - es gibt viele Stationen. Wahrscheinlich liegt das deutsche Problem auch in der Reichsgründung von 1871, die, je mehr man sich mit ihr befasst, auch konzeptionell als fragwürdig erscheint. In der Schule hat man das ja noch anders gesehen. Interessant daran ist ja, daß für den Politiker Geschichte sich nicht mehr in der Abfolge, nicht mehr in der Entwicklung, sozusagen von der Urzeit an darstellt, sondern daß Geschichte sich plötzlich von der Position aus aufdrängt, von der her man gezwungen ist, Stellung zu nehmen; man sucht dann in einem Rückgriff nach Begründung und Interpretation für bestimmte Ereignisse, fragt, warum etwas so und nicht anders gelaufen ist. Man sieht die Dinge dann, glaube ich, manchmal etwas anders als viele, die Historie wirklich nur als Fachwissenschaft betreiben. Ich wäre also sehr dankbar auch dafür, wenn andere hier meine Sicht der Dinge teilen, und möchte - wie gesagt - noch einmal unterstreichen, daß sich für mich die Reichsgründung von 1871 als eine bewußt kleindeutsche Lösung mehr und mehr als extrem fragwürdig erweist.

Übrigens möchte ich darauf hinweisen, daß wir in dieser Woche im innerdeutschen Ausschuß des Bundestages eine Anhörung gehabt haben, die sich mit den Fragen der deutschlandpolitischen Bildung befasst hat. Dabei hat auch der Begriff der

nationalen Identität eine große Rolle gespielt. Das Protokoll liegt inzwischen gedruckt vor. "Deutsche Geschichte und politische Bildung". Öffentliche Anhörungen des Ausschusses für innerdeutsche Beziehungen des Deutschen Bundestages 1981 (7. Oktober und 21. Oktober 1981). Erschienen in der Reihe "Zur Sache", Nr. 2/81, hrsg. vom Presse- und Informationszentrum des Deutschen Bundestages.

Ich habe mit zu denjenigen gehört, die sehr frühzeitig die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Polen gefordert haben und die auch sehr frühzeitig für eine "Bereinigung" der deutschen Frage eingetreten sind. Ich erinnere mich noch an Demonstrationen und sehe deswegen die Demonstrationen, die heute veranstaltet werden, mit sehr viel weniger Leidenschaft, als mancher meiner Parteifreunde oder auch die Opposition. Ich habe solche Demonstrationen mitgemacht: 1956 etwa bei der Kundgebung zum 1. Mai, als wir Transparente mit der Aufschrift trugen "Mit Ulbricht und Adenauer keine Wiedervereinigung", und dafür fast verprügelt worden wären. Wir sind damals dafür wirklich ins Abseits gestellt worden, als junge Sozialisten.

Wir haben rückblickend festgestellt - zu früh recht gehabt, weil wir einen Teil der politischen Entwicklung vorweggenommen hatten, insofern sollte man, das wollte ich zu der Bonner Friedensdemonstration sagen, auf solche Anstöße für die Politik als einen Punkt zum Nachdenken und überlegen betrachten. Derjenige, der nicht im politischen Entscheidungsprozess steht, kann natürlich manche Dinge viel früher sagen als derjenige, der auf die vielfältigen Einbindungen im Entscheidungsprozess Rücksicht nehmen muß. Übrigens ist das - quasi im Vorgriff gesagt - natürlich auch eine kleine, zwar nur eine kleine, aber doch eine Entschuldigung für den Kultusminister hier, der auch in der Einbindung in vielfältige Beziehungen hier einiges sagen muß.

Ich muß die Entwicklung der Entspannungspolitik hier nicht

wiederholen, sondern nur einen Kerngedanken hervorheben: bei allen rechtlichen und formalen Vorbehalten, die uns die Verfassungsjuristen aufgegeben haben, stehen für die SPD die Frage der deutsch-polnischen Grenze und die Entspannungspolitik in einem engen Zusammenhang. Ich halte auch diesen Prozess politisch für unumkehrbar. Das schließt auch die Intention des deutsch-polnischen Vertrages ein, diese rechtsförmlichen Vorbehalte - so wie es Peter Bender gesagt hat - eben nur als etwas Rechtsförmliches zu sehen, das sich im Laufe der Zeit erledigt. Allerdings genügt es nicht, abzuwarten. Vielmehr müssen wir natürlich auch aktiv daran arbeiten, daß die Grenzfrage sich wirklich erledigt. Ich glaube, daß dies in der Vergangenheit, das muß man sehen, auch ein Problem der Integration der Vertriebenen in Deutschland gewesen ist. Auf diesem Gebiet war Politik immer sehr zwiespältig, und ich bin sehr dankbar, daß hier das Gespräch mit Konrad Adenauer erwähnt worden ist, denn die Bundesrepublik hat ja mit dem Beginn des Wohlstandes auch eine sehr intensive Integrationspolitik für die Vertriebenen verfolgt. Und es war schon ein merkwürdiges Spannungsverhältnis, wenn man einerseits von Heimatrecht und Rückkehr sprach, andererseits aber eine intensive Integrationspolitik betrieben hat.

Es zeigt sich also, daß von der praktischen Politik vieles getan worden ist, aber von der politischen Ideologie her Widerstände aufgebaut wurden. Dennoch sind die Vorbehalte, die nach dem Abschluß des Vertrages aufgerichtet worden sind, nicht nur ein Nachhall in der Debatte. Das möchte ich hier einmal offen aussprechen. Das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes von 1975 stellt ja eine Bremsung der Entwicklung dar und zwar insofern, als dort gesagt wird, die Ostgebiete gehörten rechtlich zu Deutschland. Man kann das nicht abtun mit der Bemerkung, daß da im "stillen Kämmerlein" vom Verfassungsgericht juristische Probleme gewälzt würden. Das Bundesverfassungsgericht ist nach dem Willen unseres Verfassungsgebers eine politische Institution und

mit diesem Urteil ist tatsächlich Politik gemacht worden und zwar - das ist meine persönliche Auffassung - eine Politik gegen die erklärten Intentionen der Bundesrepublik und die Mehrheit des Bundestages. Der Herr Minister hat von dieser Stelle aus gestern gesagt, man könne als Lehrer die "Perlenschnur" auf den Karten Mitteleuropas in den Schulatlanten ja interpretieren, und dem stimme ich zu; nur ist es die Frage, in welcher Richtung interpretiert wird. Denn das Urteil des Bundesverfassungsgerichts ist zweifellos ein Anhalt für diejenigen gewesen, die an den Ansprüchen nicht nur formal festhalten wollen im Sinne eines Vorbehalts der endgültigen vertragslichen Regelung, sondern diese Ansprüche tatsächlich aufrechterhalten einer möglicherweise doch noch partiellen oder sogar völligen Revision sinngemäß.

In der letzten deutschlandpolitischen Debatte in dieser Woche, am 8. Oktober, anlässlich einer Großen Anfrage der Opposition, kamen auch Fragen der Behandlung der Ansprüche, Rechte und Interessen der Deutschen zur Sprache, die noch in der Sowjetunion, in Polen und in anderen östlichen Ländern leben. Bei dieser Gelegenheit nun sagte der CDU-Kollege Sauer - er gehört zur jüngeren Generation der Abgeordneten -, daß das Offenhalten der deutschen Frage sich nicht nur auf die Frage der Beziehungen der beiden deutschen Staaten zueinander beziehe, sondern ausdrücklich auch auf die Gebiete jenseits von Oder und Neisse.

Wenn ich vorhin von der Unumkehrbarkeit dieses Prozesses gesprochen habe, dann ist das für mich als Sozialdemokraten natürlich auch eine politische Aufgabe im Hinblick auf die innenpolitische Entwicklung, die ja im Moment, wenn man den Demoskopien Glauben schenkt, für die sozial-liberale Koalition nicht sehr günstig aussieht; das zeigen scheinbar auch die Wahlergebnisse in Berlin und die E_ggebnisse der

Kommunalwahlen in Niedersachsen. Ich habe durchaus Befürchtungen, daß das, was mit dem Vertrag intendiert worden ist, durch innenpolitische Entwicklungen in der Bundesrepublik denaturiert werden könnte. Entsprechende Äusserungen sind für mich auch mehr als das "Daherreden" unmaßgeblicher Leute - Sie, Herr Podkowinski, waren so nett zu sagen, solche Leute sollten doch daherreden, das sei allein ihre Angelegenheit -, weil für mich das Gewicht solcher Äußerungen in der Politik sich auch danach bemisst, welche Zustimmung Sie haben bzw. finden.

Ich möchte aber noch auf etwas anderes hinweisen, was mir aufgefallen ist; es hat mit Semantik, also mit der Lehre von der Bedeutung der Wörter zu tun, die ja in der Politik eine große Rolle spielt (manche sagen sogar, Politiker lebten von der Semantik). Wir sprechen immer von den Beziehungen der beiden deutschen Staaten zueinander und von zwei deutschen Staaten, manche sprechen von zwei deutschen Staaten auf deutschem Boden. Bei der oben erwähnten Anhörung war interessant, daß, nachdem einer der Wissenschaftler von "zwei Staaten auf deutschem Boden" gesprochen hatte, der von mir sehr geschätzte Kollege Olaf von Wrangel sagte, er beliebe immer von "zwei deutschen Staaten in Deutschland" zu sprechen. Ich gebe Ihnen das hier zum Nachdenken, denn "zwei deutsche Staaten in Deutschland", das impliziert ja, daß das eine Untermenge der Gesamtmenge Deutschland ist, einer Gesamtmenge, die mehr umfasst, als nur diese zwei deutschen Staaten. Das muß man sehen. Wir müssen also bis in die Semantik hineingehen, um uns politisch auseinanderzusetzen! Deutschland besteht demnach aus mehr als aus diesen zwei deutschen Staaten, und damit sind wiederum ganz eindeutig die Rechtsansprüche auf die Reichsgrenze von 1937 impliziert. Man könnte mir das als Spitzfindigkeit aus- und widerlegen, aber dennoch: es ist mir aufgefallen wie an einer so unbedeutend erscheinenden semantischen Frage die

Dinge hochgespielt und betont werden.

Ich möchte nun etwas zur Frage der KMK-Erklärung sagen; ich habe da so einige Erlebnisse. Vorab will ich jedoch eine Stellungnahme zu dieser Sache zitieren, die klar und eindeutig ist. Es ist die Erklärung der SPD-Fraktionvorsitzendenkonferenz, der die Vorstände der Fraktionen des Bundestages und der Landtage, also auch des nordrhein-westfälischen Landtages angehören. Die Fraktionsvorsitzendenkonferenz hat den Stand der Überlegungen der Kultusministerkonferenz zur Darstellung der Grenzen zur Volksrepublik Polen Ende Mai 1981 beraten.

Sie bedauert, daß eine Mehrheit der Länder noch immer nicht bereit sei, Wortlaut und Ziel der deutsch-polnischen Schulbuchempfehlungen anzunehmen. Damit würden alle Bemühungen unterlaufen, in Polen Vertrauen in den Willen der Bundesrepublik zu einer gemeinsamen Politik der guten Nachbarschaft zu erhalten. Die bloße Verbesserung der Grenzdarstellung, die zuletzt in der KMK vereinbart wurde, habe daher zu Recht zu tiefer Enttäuschung bei unseren polnischen Nachbarn geführt. Die Fraktionsvorsitzendenkonferenz stellt mit Sorge fest, daß eine derartige Entscheidung gerade in der gegenwärtigen schwierigen Entwicklung in Polen nicht als Hilfe, sondern als Rückfall in die Haltung der Bundesrepublik Deutschland vor Abschluß des Warschauer Vertrages verstanden werden könne. Sie fordert die Kultusministerkonferenz auf, es beim bisher erreichten Stand ihrer Vereinbarungen nicht zu belassen und weiter auf eine Regelung hinzuwirken, die dem rechtlichen und politischen Willen der Vertragspartner des Warschauer Vertrages entspreche und ihn unverfälscht wiedergebe.

Ich habe mich bei der Tagung der deutschen Schulgeographen im Mai dieses Jahres, es war kurz vor dieser Erklärung zu dieser

Problematik im gleichen Sinne geäußert.

Ich greife auf, was Herr Bender hier gesagt hat, als vorhin die Broschüre zum nordrhein-westfälischen Schülerwettbewerb herumgereicht wurde. Das sollte sich jeder doch nochmals ansehen. An diesem Heft ist mir etwas aufgefallen. Normalerweise ist es ja so, daß man versucht, in einen harmlosen Umschlag gefährliche Inhalte zu verpacken; hier aber ist es offensichtlich umgekehrt. Ich bin zwar nicht zuständig für das Land Nordrhein-Westfalen, sage aber dennoch ganz offen, daß ich es nicht für richtig halte, wenn auf dem Umschlag eines solchen Heftes Deutschland und Polen politisch letztlich als ein deutsch-polnisches Großreich mit den Provinzen West, Mittel, Mittel-Ost und Ost dargestellt werden. Das ist übrigens ein treffendes Beispiel dafür, welche Problematik in der Grenzdarstellung steckt und daß die punktierte Linie sehr viel mehr Probleme in sich birgt als nur eine harmlose Markierung früherer Sachverhalte. Ich würde mich freuen, wenn die für die Politik dieses Landes zuständigen Kollegen das Problem im Landtag von Nordrhein-Westfalen aufgreifen und dem Geltung verschaffen, was der Herr Minister gestern hier für sein Land betont hat.

Inzwischen hat sich die SPD-Fraktion des nordrhein-westfälischen Landtags auf meinen schriftlichen Hinweis damit befasst. Der Schülerwettbewerb wurde eingestellt.

Noch etwas zur Kultusministerkonferenz: Die Fatalität liegt in der Kartendarstellung, vor allen Dingen darin, daß die Glaubhaftigkeit unserer Entsp. annungsbemühungen in Frage gestellt wird. Horst Ehmke hat zu dem Verfassungsgerichtsurteil gesagt, daß das Bundesverfassungsgericht sich und die

Jurisprudenz damit übernommen habe, wäre nicht so schlimm, wenn nicht der notwendige Versuch, dem Urteil Rechnung zu tragen, zu allen möglichen Verrenkungen im Bereich der Politik und der politischen Erziehung führen würde.

Genau das ist der zentrale Punkt. Ich glaube, die Schulgeographen haben im Frühjahr sehr darauf gedrängt, diese Vereinbarungen, diesen Kompromiss nun auch zu verabschieden, damit man endlich für das ganze Bundesgebiet zu einer einheitlichen Darstellung komme, und ich kann auch die Schulbuchverleger, die Atlantendrucker verstehen, die der Meinung sind, man müsse eine einheitliche, eindeutige Regelung haben, damit sie besser kalkulieren können. Aber ich sage hier ganz eindeutig: Wir müssen den Mut haben, auf Einheitlichkeit der Darstellung zu verzichten, wenn sie nur auf Kosten der Glaubwürdigkeit zu haben ist.

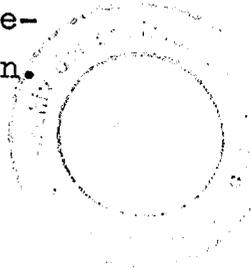
Als Berliner hat man zudem manchmal auch eine andere Position etwa im Verhältnis zu Polen, weil Berlin ja nur 80 Kilometer von der polnischen Grenze entfernt ist, rein geographisch also näher an Polen ~~liegt~~ als an der Bundesrepublik. Es ist hier vorhin schon mehrfach gefragt worden: Was verbindet uns dann mit Polen? Auch das ist in Berlin ein wenig anders. Um es scherzhaft zu sagen: Die Berliner verbinden mit Polen in dieser Saison zum Beispiel die Pfifferlinge- die leider viel zu teuer - in Mengen aus Polen kommen. Auch solche Verbindungen des Warenaustauschs können sehr wichtig für die Entwicklung der Beziehungen zueinander sein.

Ich kann dem zustimmen, was Peter Bender gesagt hat, auch in Bezug auf unsere Stellungnahme zu den Ereignissen in Polen. Ich sehe, daß wir hier eine große bildungspolitische Aufgabe haben, nicht zuletzt, weil ich mit Besorgnis beobachte,

was zur Zeit weniger in der Bundesrepublik, sehr viel mehr aber in der DDR an neuen Vorurteilen oder Ressentiments im Entstehen ist.

Die Gefahr in der Bundesrepublik ist weniger, daß Vorurteile gegen die Polen entstehen, sondern die Gefahr ist viel mehr, daß durch Ereignisse in Polen eine Euphorie ausgelöst wird im Verhältnis zu Polen, die zu Fehlhandlungen führt, man müsse jetzt etwas tun, um dort bestimmte Bewegungen, bestimmte Aktionen materiell und tatsächlich zu unterstützen. Bei der Frage "hier Solidarnosc - dort das offizielle Polen" muß man unterscheiden zwischen Herz und Verstand, muß man wissen, daß unsere Beziehungen als Bundesrepublik zu Polen und zum polnischen Volk über die Beziehungen zu dem Staat Polen ausgebaut werden müssen. Die Unterstützung einzelner Gruppierungen und Organisationen darf ja nicht zur Einmischung in innerpolitische Angelegenheiten werden, sie darf nicht den Rahmen humanitärer Hilfe überschreiten. Das gilt, was auch immer wir an Erkenntnissen aus den Vorgängen gewinnen, wie auch immer wir sie interpretieren und über sie denken mögen, wo auch immer wir mit dem Herzen sein mögen. Das ist schon deshalb notwendig, weil ja politische Führungen in Ländern wechseln können. Und man muß zwischen beiden Ländern eine stabile Beziehung aufbauen, die unabhängig ist von Sympathien oder Antipathien im bezug auf Ergebnisse, Ereignisse innerhalb eines Landes. Das klingt hart, ist aber bittere Notwendigkeit, weil wir umgekehrt das gleiche verlangen auf unsere innenpolitischen Angelegenheiten.

Lassen Sie mich noch eine andere Sache ansprechen, die aktuell ist, von den meisten aber noch viel zu wenig beachtet wird, deren Bedeutung einem jedoch, wenn man sich mit ihr befasst, sehr schnell klar wird: das Problem der Asylsuchenden. Sie wissen, daß Asylbewerber aus den Ostblockländern und Asylbewerber aus anderen Ländern unterschiedlich behandelt werden.



In der Diskussion über die Asylanfrage wird zunehmend - nachgerade ist es schon so etwas wie eine Welle - die Auffassung vertreten, mit der Aufnahme aller dieser Tamilen, Pakistani, Türken, Araber und anderer müsse doch irgendwann einmal Schluß sein; der Zugang müsse erschwert werden. Und wenn man dann fragt, was dem eigentlich mit den Asylantern aus dem Ostblock sei, wird bei vielen Leuten das Gefühl deutlich, das sei ja doch etwas ganz anderes. Diese Einstellung hat etwas mit der Bewertung politischer Systeme zu tun. Die Tatsache, daß Asylsuchende aus dem Ostblock hier ohne Vorbehalte sofort Aufenthalt- und Arbeitserlaubnis bekommen, impliziert ja gleichzeitig die Unterstellung, in ihren Heimatländern herrschten politische Systeme, die prinzipiell jeden Bürger verfolgten, und jeder, der von dort herkomme, habe grundsätzlichen Anspruch auf die Vorgabe, er sei aus politischen Gründen hier. Im Moment kommen zahlreiche polnische Staatsbürger in die Bundesrepublik, aber nicht, weil sie direkt politisch verfolgt werden. Damit müssen wir uns auseinandersetzen, ich meine nicht im Sinne des Schliessens der Grenzen. Es ist eine Frage, ob und wie wir auf diese Menschen einwirken, daß sie sich überlegen, was sie da eigentlich tun.

Im übrigen kann ich alles das unterstützen, was Herr Bender über unsere Aufgabe bei der Sicherung der Existenz Polens gesagt hat und ich hoffe, daß wir alles getan haben und auch in Zukunft tun werden, was uns im wirtschaftlichen Bereich möglich und was notwendig ist. Die Bundesrepublik ist ja in vieler Hinsicht leistungsfähig, und ich unterstütze alle Bemühungen, das, was wir im Rahmen auch unserer enger werdenden Haushaltsmöglichkeiten tun können, auch wirklich tun. Der Bundeskanzler hat in der Bundestagsfraktion schon einmal, als dort heftig über die Frage der Kürzung des Kindergeldes diskutiert wurde, auf den Sinn solcher Opfer hingewiesen. Die eine Milliarde im Bundeshaushalt, die insbesondere für die Hilfe an Polen vorgesehen ist - Zinsbürgschaften spielen dabei eine besondere Rolle - entsprechen

genau der Summe, die wir durch die Kindergeldkürzung einsparen. Ich will damit darauf hinweisen, daß auch der Kanzler die Notwendigkeit betont, alles Mögliche zu tun. Ich möchte damit auch zum Ausdruck bringen, daß ich voll das stütze, was die Bundesrepublik, was die Bundesregierung zu tun gedenkt, um Polen wirtschaftliche Hilfe zu geben, denn ich stimme Herrn Bender natürlich völlig darin zu, daß ohne die Stärkung Polens, ohne ein stabiles Polen eine europäische Friedensordnung letztlich nicht möglich ist. Insofern haben wir, glaube ich, den richtigen Ansatz.

Zum Schluß möchte ich noch einmal wiederholen, was ich vorhin gesagt habe: die Veränderung der politischen Mehrheitsverhältnisse in der Bundesrepublik würde möglicherweise die Beziehungen zu Polen nicht unberührt lassen. Wir müssen aber trotzdem eine Stabilität in den Beziehungen schaffen, die von jeweiligen Mehrheitsverhältnissen auch in der Bundesrepublik unabhängig bestehen bleibt. Das ist im Interesse aller Deutschen, im Interesse des Friedens. Das ist auch eine nationale Aufgabe.

DISKUSSIONSBEITRÄGE

von

DIETER BOPP

Kulturreferent beim Minister für Bundesangelegenheiten in NRW, Bonn

Prof. Dr. WALTER FABIAN

Publizist, Köln

Dr. JAN BARCZ

Wissenschaftliches Institut im Ministerium für Justiz, Warschau

BERNHARD WÖRDEHOFF

Chefredakteur des Deutschlandfunks, Köln

LECH TRZECIAKOWSKI

Professor an der Universität Poznań, Poznań

STEPHAN THOMAS

Journalist, Bonn

Prof. Dr. WALTER SPERLING

Universität Trier

Prof. Dr. NILS DIEDERICH

MdB, Berlin

DIETER BOPP:

Ich bin Kulturreferent beim Minister für Bundesangelegenheiten. Ich will keine Stellungnahme abgeben, sondern lediglich eine Bitte an Herrn Diederich richten: Herr Diederich, Sie hatten angedeutet, daß Sie zu einer Frage, die hier vorhin auch in der Diskussion schon einmal angeklungen ist, nämlich dem Problem einer tatsächlichen, einer angeblichen oder wie auch immer gearteten Renaissance antipolnischer Ressentiments in der DDR etwas sagen wollten. Mir schiene es doch sehr wichtig zu sein, wenn Sie darauf einmal näher - differenzierend - eingehen und damit zu einer Frage etwas sagen könnten, die - für mein Gefühl oft holzschnittartig - in den letzten Wochen und Monaten auch bei uns in den Medien abgehandelt wird.

+

WALTER FABIAN:

Ich möchte nur kurz anmerken, daß ich mehrere Jahre Vorsitzender der Deutsch-Polnischen Gesellschaft war und jetzt deren Ehrenpräsident bin - alles andere wird sich aus dem ergeben, was ich sagen will.

Ich wäre sehr versucht, mit Herrn Diederich zu diskutieren, will darauf aber bis auf einen Punkt verzichten. Der Punkt, zu dem ich doch etwas sagen möchte, ist seine Bemerkung, die Sozialdemokratische Partei sei nie mit den Landsmannschaften verbunden gewesen und habe ihnen gegenüber immer eine klare Haltung eingenommen. Ich meine, hier ist zwar nicht der Ort, eine Apologetik für die eigene Partei zu betreiben oder eine Partei zu kritisieren - wie ich das jetzt tun werde -, aber es geht doch darum, aus der Geschichte etwas zu lernen. Insofern sehe ich hier einen Aufhänger für das, was ich dann sagen will.

In der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion, der der Kollege Diederich angehört, saß auch einmal ein gewisser Herbert Hupka, und

er säße wahrscheinlich noch immer dort, wenn er es 1969 nicht vorgezogen hätte, zur CDU zu gehen; ferner saß dort auch ein gewisser Wenzel Jaksch, der ebenfalls sehr stark die Gedanken der Landsmannschaften vertrat, und beide waren keineswegs Hinterbänkler. Ich will aber von da aus eine andere Bemerkung machen und anknüpfen an das, was Herr Tomala an historischen Beispielen gebracht hat, um es an zwei, drei Punkten zu ergänzen.

Bis weit in die sechziger Jahre hinein haben alle drei Bundestagsfraktionen überall da, wo ihre Redner öffentlich auftraten, es abgelehnt, irgendeine positive Stellungnahme zur Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze oder der Grenze gegenüber Polen abzugeben. Ich erinnere mich sehr lebhaft an zwei Veranstaltungen; die eine fand in Frankfurt statt. An ihr nahm auch ein inzwischen verstorbener sozialdemokratischer Politiker teil, der keineswegs auf dem rechten Flügel seiner Partei stand; er verschanzte sich damals hinter der juristischen Begründung, die Frage der Grenze könne erst in einem Friedensvertrag geregelt werden, und deshalb habe die Sozialdemokratische Partei jetzt nichts zu diesem Thema zu sagen. Er persönlich könne ebenfalls dazu nichts sagen. Bei der Diskussion - und auch deshalb führe ich sie hier an - war nur ein einziger auf dem Podium, ein Journalist, und zwar merkwürdigerweise derjenige, der damals die FAZ in Warschau vertrat, Hans Jakob Stehle, der in die Gespräche die notwendige Sachlichkeit brachte.

Ich will noch ein zweites Beispiel nennen: Etwa Mitte der sechziger Jahre war ich an einer Diskussion beteiligt, die von der Deutschen Friedensgesellschaft durchgeführt wurde, und bei der es um die gleiche Problematik ging. An dieser Veranstaltung nahm auch ein recht prominenter Vertreter der FDP teil, der mich mit manchem, was er dort zum Beispiel über die Beziehungen zur DDR sagte, beinahe von links überholte - wenn ich es einmal so ausdrücken soll - der aber zu der Frage Deutschland-Polen und der deutsch-polnischen Grenze absolut nichts sagte. Als ich ihn anschließend fragte, warum er sich dazu nicht geäußert habe, erklärte er mir, das könne er deshalb nicht, weil die Bundestagsfraktionen sich gegenseitig das Wort gegeben hätten, vor der Regelung dieser Frage in einem

Friedensvertrag - unser Gespräch damals fand einige Jahre vor 1969 statt - keine positive Erklärung in dieser Sache abzugeben.

Ich erwähne das jetzt nicht, um es zu kritisieren, sondern - und damit komme ich zum Schluß - um etwas anderes zu sagen: Es waren bei uns zu Anfang kleine Gruppen, ganz kleine Gruppen, und einzelne Personen, so zum Beispiel Publizisten wie Peter Bender, die sehr früh in diesen Fragen Dinge ausgesprochen haben, die von den politischen Parteien damals durchaus abgelehnt wurden. Herr Tomala hat sehr zu Recht als einen großen Abschnitt und als wichtigsten Punkt in dieser Reihe die EKD-Denkschrift von 1965 erwähnt, die ich auch für außerordentlich wichtig und wertvoll halte. Sozusagen aus pädagogischen Gründen möchte ich hinzufügen, daß es schon vorher zum Beispiel die "Aktion Sühnezeichen" gab, damals eine ganz kleine Organisation, von der niemand gedacht hätte, daß sie in Bonn einmal eine solche Kundgebung organisieren könnte, eine ganz kleine und verleumdete und verfemte Organisation, die praktisch mit der Verständigungsarbeit gegenüber Polen angefangen hat. Ich darf auch unsere Deutsch-Polnische Gesellschaft erwähnen, die 1955, also auf dem Höhepunkt des Kalten Krieges gegründet wurde. Diejenigen, die solche Vereinigungen gegründet hatten, wurden damals nicht gerade mit Dank und Anerkennung überschüttet, und dafür gibt es noch eine ganze Menge von Beispielen.

Ich erwähne sie - ich sagte es eben: aus einem pädagogischen Grund -, weil wir, glaube ich, auch für die Zukunft daraus lernen können, daß es nicht nur auf die politischen Parteien, auf das Parlament, schon gar nicht nur auf die Regierung ankommt, sondern daß es auch auf das ankommt, was von kleinen Gruppen, die vielleicht einmal größer werden, wie die "Aktion Sühnezeichen" gezeigt hat, und von einzelnen Personen schon ausgesprochen, schon vertreten, schon begründet, schon dokumentiert wird zu einer Zeit, da die anderen noch sehr weit dahinter zurück sind. Und ich glaube, alles, was wir heute hier gehört haben und noch hören werden, das zeigt, daß wir solche Personen, solche Gruppen auch in Zukunft brauchen werden.

JAN BARCZ:

Ich arbeite wissenschaftlich, und zwar hauptsächlich über die juristischen Probleme der Beziehungen zwischen der Volksrepublik Polen und der Bundesrepublik Deutschland.

Lassen Sie mich zunächst auf einige allgemeine Fragen eingehen. Ich halte es für richtig, daß wir unsere Diskussion heute mit diesen allgemeinen Fragen begonnen haben, vor allem auch, daß hier über die Bedeutung des Vertrages vom Dezember 1970 gesprochen worden ist. Dazu möchte ich drei kurze Bemerkungen machen, und zwar - erstens - zu der Bedeutung des Vertrages in bezug auf die Durchsetzung der Schulbuchempfehlungen; zweitens zum Verhältnis zwischen dem Politischen und dem Rechtlichen und - drittens - zu der praktischen Bedeutung des Vertrages in den Beziehungen zwischen Polen und der Bundesrepublik.

Ich komme jetzt zu dem ersten Fragenkomplex: Wie ich meine, handelte es sich bei dem Vertrag vom Dezember 1970 vor allem um die Festlegung von Grundlagen der Beziehungen zwischen der Volksrepublik Polen und der Bundesrepublik Deutschland. Es handelte sich also nicht um irgendwelche allgemeinen politischen Regeln, sondern um ganz konkrete völkerrechtliche Prinzipien, die auch in dem Vertrag ausdrücklich genannt werden. Das sind u.a. die UNO-Prinzipien, so das Prinzip der Unverletzlichkeit der Grenzen und der Achtung der territorialen Integrität. Im Grunde genommen ging es seitens der Bundesrepublik Deutschland bei dem Vertrag um das vertraglich fixierte Akzeptieren von Verpflichtungen und Prinzipien, die schon früher in bezug auf das Verhältnis zu Polen gegolten hatten, und daraus resultierte auch die Anerkennung der polnischen Westgrenze. Das Befolgen dieser Prinzipien - das auch hier als die Grundlage des Normalisierungsprozesses bezeichnet worden ist - bestimmt überhaupt die Möglichkeit, weitergehende Fortschritte in dem Normalisierungsprozeß zu erzielen, und ist deshalb vor allem für die allgemeine Stellung der Bundesrepublik hinsichtlich dieser Grundsätze wichtig. Die Schritte in einzelnen Ländern der Bundesrepublik mit dem Ziel, die Schulbuchempfehlungen durchzusetzen, können in bezug darauf nur als ein Zeichen des

guten willens gelten; als ein entscheidender Wendepunkt sind sie - meiner Auffassung nach - nicht zu betrachten.

Nun zu dem zweiten Themenkomplex, dem Verhältnis zwischen dem Rechtlichen und dem Politischen: Ich glaube, daß es nicht möglich ist, die politischen Gesichtspunkte dieser Frage, also der Umsetzung der Schulbuchempfehlungen, von den rechtlichen Gegebenheiten zu trennen. Natürlich ist es unmöglich, daß die Bundesrepublik Deutschland - wie Herr Kultusminister Girgensohn das gestern ja hier erläutert hat - unter den gegenwärtigen politischen Bedingungen bestimmte Rechtsvorstellungen realisiert. Andererseits aber bestehen in der Bundesrepublik Deutschland unreaale Rechtsvorstellungen, und man kann sagen, daß diese unrealen Rechtsvorstellungen die Grundlagen des Normalisierungsprozesses, die ja Gegenstand des Vertrages sind und ihn bestimmen, in Frage stellen. Es ist von diesem Gesichtspunkt her unerheblich - wie Prof. Barbag es gestern schon dargelegt hat -, ob in einem Atlas eine dieser "Perlenketten" oder vierzig "Perlenketten" eingetragen sind. In meinen Augen ist wichtig, daß sich hier Tendenzen widerspiegeln, die den Grundlagen des Normalisierungsvertrages widersprechen.

Jetzt möchte ich kurz auf den dritten Fragenkomplex eingehen: die praktische Bedeutung des Vertrages. Ich meine, wir sollten uns bewußt sein, daß die Frage, die ich eben angesprochen habe, keine rein formelle Frage, also keine rein wissenschaftliche Frage ist. Es ist eine Frage von tiefgreifender Bedeutung für die Fortsetzung des Normalisierungsprozesses. Ich brauche hier nur darauf hinzuweisen, daß eigentlich keine von den von der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen abgeschlossenen bilateralen Vereinbarungen in vollem Umfang durchgesetzt worden ist. Das betrifft - wie Sie vielleicht wissen - das Rentenabkommen ebenso wie zum Beispiel die Rechtssprechung des Bundessozialgerichtes über die bekannte Dreiteilung wie auch das Kulturabkommen. Dadurch wird außerdem eine ganze Reihe von neuen Vertragswerken verhindert. Das gilt zum Beispiel für den Abschluß von Konsularabkommen wie den von Rechts-hilfeabkommen. Wenn man zum Beispiel berücksichtigt, daß wir gegenwärtig pro Jahr etwa 40 000 Angelegenheiten vorliegen haben, die

Rechtsfragen zwischen Bürgern unserer beiden Staaten betreffen, so ist das wirklich - wie Sie sicher zugeben werden - eine sehr aktuelle und eine sehr wichtige Frage. Ich möchte hinzufügen, daß ich innerhalb dieses Fragenkomplexes auch den Beschluß der Kultusministerkonferenz vom Februar dieses Jahres sehe.

Zum Schluß noch eine allgemeine Bemerkung: Ich möchte hier keine große juristische Diskussion veranlassen, glaube aber, daß wir darüber nachdenken sollten, ob die gesamte Diskussion über den Kompromiß, über die Umsetzung der Schulbuchempfehlungen überhaupt, sich nicht auf einem durch bestimmte Rechtsvorstellungen begrenzten Gebiet abspielt und ob objektiv greifende Fortschritte auf diesem Hintergrund in diesem Bereich in der Bundesrepublik Deutschland gegenwärtig überhaupt möglich sind.

Ich bin mir bewußt, daß diese Frage, die ich hier abschließend gestellt habe, eine sehr komplizierte und vielleicht auch sehr unbequeme Frage ist. Aber ich bin der Auffassung, daß man zuerst eine klare Grundposition haben sollte und die Einzelheiten sich dann wesentlich leichter klären lassen.

+

BERNHARD WÖRDEHOFF:

Ich bin Journalist in Köln. Ich will nur auf drei Stichworte, die ich mir notiert habe, eingehen, weil ich meine, sie bedürften einer kleinen Ergänzung.

Diese Konferenz hat offenbar die "Perlenschnur" sozusagen zum thematischen Leitseil. Ich möchte, vor allen Dingen für die polnischen Freunde, auf eines hinweisen, was ich schon in einem Zwischenruf angemerkt habe: Die Mehrzahl der deutschen Karten, der ständig gebrauchten Karten, die seit 1970 gedruckt werden, enthält eine solche "Perlenschnur" nicht. Wir haben es nämlich bei Karten nur dann mit einer "Perlenschnur" zu tun, wenn der Staat mitzusprechen hat, und

das ist nur bei - prozentual gesehen - sehr wenigen, wenn auch nicht ganz unwichtigen Atlanten der Fall. Aber zum Beispiel nicht bei den in hohen Auflagen vertriebenen Auto-Atlanten, mit denen ja sehr viele Bundesbürger sich auch in der Volksrepublik Polen bewegen.

Der zweite Punkt, den ich mir notiert habe und zu dem vielleicht Herr Diederich noch etwas sagen wird, weil er hier direkt angesprochen ist, betrifft die Frage der Renaissance anti-polnischer Gefühle in der DDR. Ich kann da deshalb mitreden, weil ich auch ab und zu in der DDR bin. Ich würde nicht von einer Renaissance, sondern von einer Fortsetzung der in Deutschland in einer bestimmten Phase unserer Geschichte leider selbstverständlichen anti-polnischen Gefühle sprechen. Daß diese Gefühle auch in der DDR vorhanden waren, ist durch das Görlitzer Abkommen überdeckt worden, denn Ulbricht hatte es eben - anders als Adenauer - nicht nötig, Herr Podkowinski, auf Wähler Rücksicht zu nehmen. Das Görlitzer Grenzabkommen ist eben nicht erlitten worden, ist nicht nach ausführlichen Diskussionen in der Öffentlichkeit zustande gekommen, nach erlittenen Diskussionen, wie der Warschauer Vertrag vor zehn Jahren. Ich glaube aber, daß gerade diese sehr kontroverse Diskussion dazu geführt hat, daß der Warschauer Vertrag auch "unten" angekommen ist. Ich fürchte, das ist beim Görlitzer Abkommen nicht der Fall gewesen. Es trifft leider zu, daß es in den letzten Jahren in der DDR zwischen Regierung und Bevölkerung kaum irgendwo eine so große Übereinstimmung gegeben hat wie gegenüber den Vorgängen in der Volksrepublik Polen.

Der dritte Punkt, auf den ich zu sprechen kommen will, ist die Frage der Asylanten. Ich meine, man könnte es auch anders sehen, Herr Diederich. Ich meine, daß wir bei der Frage der Asylanten in der Tat unterscheiden sollten zwischen solchen, die aus Osteuropa, und solchen, die aus anderen Staaten kommen. Das heißt, ich würde den Trennstrich nicht zwischen den politischen Systemen ziehen, sondern fragen, ob es sich um Europäer oder um Nichteuropäer handelt. Wir können nicht auf der einen Seite für die Freizügigkeit in ganz Europa eintreten und auf der anderen Seite dann Mauern und Sperren gegenüber Menschen errichten, die aus Osteuropa zu uns kommen wollen.

Im übrigen ist es ja auch gar nichts Schlimmes, wenn sie aus materiellen Gründen kommen. Ich gebe zu, daß es schwierig wird, sofern es sich um das Verfahren, das rechtliche Verfahren handelt, aber es hat ja in Europa in den letzten Jahrhunderten einen großen Austausch von Menschen eben aus materiellen Gründen gegeben, und das war für die Bevölkerung beider Seiten nicht das schlechteste.

+

LECH TRZECIAKOWSKI:

Ich bin Hochschullehrer, Professor an der Universität Posen. Wenn wir heute über die Umsetzung der deutsch-polnischen Schulbuchempfehlungen diskutieren, müßten wir uns meiner Meinung nach zunächst einmal darum bemühen, festzustellen, auf welcher "Treppe" wir uns befinden und welche Faktoren auf die Umsetzung der Schulbuchempfehlungen Einfluß haben.

Hier geht es um das historische Bewußtsein der deutschen und der polnischen Jugend. Vom theoretischen Gesichtspunkt her können wir bestimmte Phasen unterscheiden, die vom historischen Ereignis zum historischen Bewußtsein führen. Was ist in meinen Augen ein historisches Ereignis? Vielleicht, daß mein Sohn an der Kunstakademie ist, während ich nur Historiker bin. Aber im Ernst: ein historisches Ereignis ist zum Beispiel das Hambacher Fest, das bekannte Symbol für die Zusammenarbeit zwischen deutschen und polnischen Demokraten. Die nächste Etappe, die dann vom historischen Ereignis aus weiterführt, ist die Erforschung des historischen Ereignisses. Der Historiker hat dabei auf zwei Fragestellungen Antwort zu geben: erstens muß er das historische Ereignis beschreiben, und zweitens muß er es erklären. Das ist sehr wichtig. Darauf folgt dann die dritte Etappe, die dritte Phase. Hier geht es um die Faktoren, die die Ergebnisse der Forschung in die Gesellschaft hineintragen, die sie umsetzen, also um Publikationen, Institutionen, Organisationen, Massenmedien usw. Greifen wir einmal die Institutionen heraus.

Unter den Institutionen stehen meiner Meinung nach die Familie und die Schule an erster Stelle - die Familie mit ihren Erfahrungen und ihren Traditionen, die ja manchmal zu den Ergebnissen der wissenschaftlichen Forschung in Opposition stehen, das heißt, ihnen widersprechen. Dann die Schule: Die Schule spielt eine außerordentlich wichtige Rolle, und in der Schule vor allem die Persönlichkeit des Lehrers.

Durch den Weg über diese Etappen oder durch diese Phasen erreichen wir den Einfluß auf das historische Bewußtsein der Nation. Das ist sehr klar. Aber ist das in der Praxis ebenso klar?

Für mich ist völlig klar, daß nur die Koordinierung der erwähnten Etappen und Faktoren zu einem befriedigenden Ergebnis führen kann!

Mit den deutsch-polnischen Schulbuchempfehlungen generell befinden wir uns zur Zeit - das ist jedenfalls meine Auffassung - in der zweiten und in der dritten Etappe, in der Etappe der Forschung und in der Etappe der Übertragung oder Umsetzung. In der zweiten Etappe befinden wir uns deshalb noch, weil die deutschen und die polnischen Historiker sich bis heute nicht einig sind in bezug auf die Erklärung mancher historischer Ereignisse; das gilt zum Beispiel für die Rolle des Deutschen Ordens und der Ordensritter.

Aber nicht die zweite Etappe ist für uns hier die wichtigste, sondern die dritte, die Etappe der Übertragung oder Umsetzung. Wir als Polen verstehen - meine ich - die Schwierigkeiten der Umsetzung der Schulbuchempfehlungen, die mit der politischen Struktur der Bundesrepublik zusammenhängen, durchaus. Dennoch kann - und meiner Meinung nach muß - eine positive, konsequente Haltung der Landesregierungen und der Schule im Sinne der beiderseitigen Verständigung und Versöhnung Früchte bringen.

STEPHAN THOMAS:

Ich bin freier Journalist und komme aus Bonn. Ich habe mich spontan gemeldet, weil ich das, was Prof. Trzeciakowski hier gesagt hat, geradezu plastisch vor mir sehe.

Ich möchte dazu hier ein Bild, ein Gedankenbild, malen, das Ihnen als Polen vertraut sein müßte, und zwar das marxistische Denkschema: Basis und Überbau; denn ich meine, damit ließe sich einiges erklären. Wir wissen doch von Marx, aber auch von der politischen Wissenschaft, der modernen Soziologie her, daß sich zwischen Basis und Überbau ein sehr langwieriger Denkprozeß vollzieht, der sich manchmal über Generationen, jedenfalls über eine sehr lange Zeit erstreckt.

Ich selbst stehe auf dem Boden meiner Jugend, wo ich glühender Marxist war, und obwohl sich inzwischen - pragmatisch - da einiges abgeschliffen hat und ich mich heute "in der Mitte" sehe, sind die Grundnormen von Karl Marx - als Modell - noch mein Denkschema geblieben. Demzufolge vertrete ich den Standpunkt, daß die deutsch-polnische Problematik, von der wir hier sprechen, Teil eines Prozesses ist, der sich über Jahrhunderte erstreckt hat.

Als im Dezember 1970 der Vertrag in Warschau unterschrieben wurde und ich selbst das Privileg hatte, die Dinge kommentieren zu können, war ich in dem vollen Glauben, daß jetzt ein neues geschichtliches Kapitel der deutsch-polnischen Beziehungen beginne. Es hat begonnen, und selbst mit größtem Optimismus wäre ich nicht imstande gewesen, 1970 vorauszusagen, wo wir 1981 stehen. Denn wir hier wissen, wie es in den Denkstrukturen der deutschen Nation - dem "Überbau" - immer noch aussieht. Ich denke hier zum Beispiel an die Politik der Vertriebenenverbände, und Prof. Diederich hat ja erwähnt, was in der Bundestagsdebatte vorgestern - selbst dort - wieder hochkam. Die Problemkomplexe von gestern sind eben immer noch da. 50:50 steht es damit - meine ich - in diesem Volk. Aber es ist ein Prozeß im Gange. Daß in diesem Prozeß die juridischen Formen, der "Überbau", am schwierigsten zu überwinden sind, wissen wir alle. Diese Rudimen-

te werden uns noch über Jahrzehnte begleiten. Aber ich glaube mit Karl Marx, ja auch mit Lenin - aber Lenin hat das von Marx abgeguckt - an die "normative Kraft des Faktischen". Ich will damit nur sagen, wenn wir schon von solchen Dingen sprechen, daß ich zu tiefst davon überzeugt bin - und daraus beziehe ich meinen "historischen Optimismus" -, daß sich diese Strukturen abnutzen werden, abnutzen durch das Leben, das wir gestalten. Deshalb ist die Bedeutung dieser Konferenz so groß, weil das eine Etappe, ein kleiner Schritt auf dem langen Wege ist, diese Konturen gegenseitig abzutragen.

Professor Trzeciakowski, Sie haben mich inspiriert und in meiner eigenen Auffassung bestätigt.

+

WALTER SPERLING:

Ich möchte noch einmal auf die beiden Staaten eingehen, die Herr Diederich hier erwähnt hat. Das ist ein sehr langer Streit, der tatsächlich bis in das Jahr 1870 zurückgeht. Im "Geographischen Anzeiger" aus dem Jahre 1900 findet man einen Aufsatz "Das Deutsche Reich - eine Eintagsfliege", und es ist historisch unverständlich, daß im November 1918 die "Deutsche Republik" ausgerufen wurde, diese Republik sich aber dann 1919 wieder "Deutsches Reich" nannte. Unverständlich ist auch die neue Diskussion dann im Parlamentarischen Rat. Ich habe die Länderverfassungen miteinander verglichen, die ja vor der Gründung der Bundesrepublik Deutschland entstanden sind, und es ist sehr interessant, daß man sich hier ganz vorsichtig zu einem deutschen Staat, aber in zwei Verfassungen noch zur Deutschen Republik bekennt.

Nun aber zu den beiden Staaten. Die Formel von den beiden Staaten kam ja in den fünfziger Jahren in der DDR auf und wurde von unserer Seite deshalb noch verworfen, weil der zweite deutsche Staat eigentlich keiner war. Dann aber hat sich die Formel voll durchgesetzt,

auch in der sozial-liberalen Koalition, und zwar bis zum Kanzler und zum Außenminister hin. Bundeskanzler Willy Brandt sprach 1969 in seiner Regierungserklärung zum erstenmal von "beiden Staaten in Deutschland". Ich empfinde das als richtig, kann mich aber der Erklärung nicht anschließen, daß mit "Deutschland" etwas gemeint sein könnte, was über die Oder-Neiße-Linie hinaus nach Osten geht; und das ist eine Erklärung, die jetzt erst in der Bundestagsdebatte aufgekomen ist. Aber deutsche Staaten sind natürlich auch die Republik Österreich und das Fürstentum Liechtenstein, nicht aber das Großherzogtum Luxemburg und die Schweizerische Eidgenossenschaft; denn die Deutschen dieser beiden Staaten würden sich nie als "Volksdeutsche" sozusagen abqualifizieren lassen. Sie sind Kulturdeutsche, aber nicht Volksdeutsche.

Ich habe hier intensive Gespräche auch mit den Beteiligten führen können. Es geht also hier wirklich um das Deutschlandproblem, und zwar auch um seine kartographische Darstellung, um die beiden Staaten, die auf dem Gebiet des früheren Deutschen Reiches liegen, wobei man nicht unterstellen sollte, daß das Deutsche Reich gleichzusetzen wäre mit Deutschland. Der Deutschlandbegriff der Geographen ist immer ein anderer gewesen. Der Gleichsetzung Deutschlands mit dem Deutschen Reich wurde sowohl nach 1870 wie auch 1935 in der Habilitationsschrift von Emil Meynens sehr heftig widersprochen.

+

NILS DIEDERICH:

Mein Freund Stephan Thomas hat hier von der "normativen Kraft des Faktischen" gesprochen, aber ich habe manchmal den Eindruck, daß es in der deutschen Politik manch einen gibt, der meint, man könne auch eine Faktizität der Normen schaffen. Das ist eigentlich das Problem, mit dem wir uns auseinandersetzen werden, wenn wir über die hier zur Diskussion stehenden Fragen sprechen: daß man versucht, sozusagen vom "Überbau" her Fakten zu schaffen. Diese Gefahr sollte man nicht geringschätzen!

Ich kann Professor Fabian nicht widersprechen, wenn er sagt, daß auch die SPD mit den Vertriebenen zu tun gehabt habe. Man muß ja bedenken, daß viele Vertriebene Sozialdemokraten gewesen waren. Auch da mußte ein oftmals schmerzlicher Lernprozeß stattfinden - das streite ich überhaupt nicht ab. Denjenigen Vertriebenen - die Namen Jaksch und Hupka sind hier genannt worden -, die die Partei verlassen haben, stehen sehr viele gegenüber, die Vertriebene sind und trotzdem als Sozialdemokraten voll auf dem Boden dessen stehen, was wir heute sehen und sagen, die also eine vergleichbare Position einnehmen wie Herr Podkowinski hier. Das eine, das Vertrieben-Sein, ist eine Tatsache im Lebenslauf des einzelnen, das andere, die Einstellung zu den faktischen Verhältnissen heute, ist eine Frage der politischen Haltung, und aus beidem muß kein Spannungsverhältnis entstehen.

Natürlich habe ich mich vorhin aufgrund meiner eigenen Position zu diesen Fragen, aufgrund meines eigenen Bekenntnisses geäußert: Ich gehöre zu der Generation, die bei Kriegsende zehn Jahre alt war, bin also nach dem Kriege in die Politik hineingewachsen. Für mich war die Frage der Anerkennung der nach 1945 in bezug auf das deutsch-polnische Problem entstandenen Lage gleichzeitig die Frage der Voraussetzung für die Herstellung des Friedens in Europa. Denn auch das kann man aus der Geschichte lernen: Revisionismus führt zu einem endlosen Regreß, der letztlich keine Befriedigung in vernünftigen Regelungen findet, sondern immer wieder neues Unheil und Unrecht gebiert.

Ich bin angesprochen worden auf die Frage der Asylanten. Ich will das jetzt nicht im Hinblick auf die europäischen und nichteuropäischen Asylbewerber diskutieren; darauf, Herr Würdehoff, kam es mir nicht an, jedenfalls hier nicht. Hier kam es mir auf den Hinweis an, daß man bei der Behandlung des Asylantenproblems die Herkunft aus osteuropäischen, also aus sozialistischen Ländern anders einstuft als die Herkunft aus allen anderen Ländern, indem man Asylbewerbern aus Osteuropa eine erleichternde Vorgabe gewährt. Ich habe lediglich darum gebeten, daß man darüber einmal nachdenkt.

Zum Problem der Wirtschaftsflüchtlinge kann ich Ihnen eine einfache

Antwort geben: Wir haben seit 1970 eine Zuzugssperre für Arbeitnehmer aus Ländern, die nicht der Europäischen Gemeinschaft angehören. Und das gilt für alle diese Länder. Es hat auch für Arbeitnehmer aus Portugal oder Spanien gegolten, und es ist die Frage, warum man diese anders behandelt hat als die Wirtschaftsflüchtlinge aus Polen. Das ist ein Punkt, für den ich keine Lösung parat habe. Ich sage ganz klar, daß ich für größtmögliche Freizügigkeit bin und auch diese Zuzugssperre für Arbeitnehmer für problematisch halte. Ich wollte Ihnen das nur zum Nachdenken geben. Ich sehe auch, daß es zum Problem werden kann, wenn die Zahl der Wirtschaftsflüchtlinge sich weiter erhöht; denn dann werden bei uns neue Ressentiments wachsen.

Nun zum letzten Punkt: Ich bin gebeten worden, näher auszuführen, was ich mit meinem Eindruck über das Erwachen von Ressentiments gegenüber Polen in der DDR sagen wollte. Ich möchte vorausschicken, daß ich hier nicht über empirische Erkenntnisse im repräsentativ-soziologischen Sinne spreche, sondern über persönliche Eindrücke.

Es hat vor allem in Ost-Berlin und in den Großstädten der DDR eine erste Reaktion gegeben, als unter dem Eindruck der wirtschaftlichen Situation viele Polen die Reisemöglichkeiten in die DDR zu Einkaufsfahrten nutzten. In Bussen kamen die Menschen aus Polen nach Ost-Berlin und haben dort eingekauft, und das hat bei der Bevölkerung zunächst einmal ganz naheliegende Urteile hervorgerufen, etwa in dem Sinne: "Die kommen hierher und kaufen uns unsere Warenhäuser leer. Dem muß man einen Riegel vorschieben." Das hat die DDR-Regierung dann auch getan; mit der Erhöhung der Umtauschsätze ist das Problem beseitigt worden. Aber es tritt jetzt etwas Neues auf. Die Ereignisse in Polen werden in der DDR benutzt, um sozusagen ein Gefälle zu konstruieren. Teile der Bevölkerung sehen in Polen ein Vergleichsobjekt, ein Land, in dem die Lebensverhältnisse sehr viel ungünstiger sind als in der DDR, und zwar sowohl im ökonomischen Bereich als auch - und das ist besonders interessant - im Sinne von "Ordnung". Von vielen DDR-Bürgern wird das eigene Regime plötzlich als ein sehr "ordentliches", das heißt "deutsches" Regime empfunden, das sozusagen einen klaren Rahmen gibt für das, was ist und was möglich ist; man kann sich ausdifferenzieren gegenüber dem Nachbarn Polen.

Übrigens hat die Entwicklung hier bei uns mit Arbeitslosigkeit und ökonomisch kritischer Position auch zu einer anderen Sichtweise bei vielen DDR-Bürgern gegenüber der Bundesrepublik geführt, die längst nicht mehr in dem gleichen positiven Licht gesehen wird wie noch vor einigen Jahren. Das war der Punkt, auf den ich hinweisen wollte: Plötzlich ist eine Identifikationsmöglichkeit mit dem eigenen, gar nicht geliebten Regime entstanden, und zwar dadurch, daß in einem anderen System innere Probleme aufgebrochen sind, von denen man sich im eigenen Lande verschont glaubt, die man so nun auch nicht haben möchte. Das führt auch dazu, daß Demokratisierungsforderungen in der DDR plötzlich gar nicht mehr so gut dastehen, denn: "man sieht ja, wohin so etwas führt".

Ich wollte lediglich darauf hinweisen, daß ich hier in den beiden deutschen Staaten im Moment eine unterschiedliche Entwicklung sehe: bei uns - jedenfalls in weiten Teilen der Bevölkerung - nachgerade eine Poleneuphorie, in der DDR der umgekehrte Weg. Aber das muß man vielleicht aus den ganz unterschiedlichen Erfahrungshorizonten erklären.

+